

Problematik und Lösungsversuche im Nahostkonflikt

die Erregung des Juni 1967 ist abgeebbt. Aber der militärische Sieg Israels hat die Grundprobleme der Region nicht lösen können, sondern nur eine Atempause geschaffen, in der alle Kräfte der Vernunft zu mobilisieren sind, um eine Lösung zu finden. Denn die Spannungen variieren etwas, die Entzündung jedoch bleibt und kann unter Umständen der Kontrolle wieder entgleiten. Die Welt ist zu klein geworden und die einzelnen Teilgebiete zu vielfältig mit der Weltpolitik verknüpft, als daß man irgendeinen Gefahrenherd ignorieren könnte, am wenigsten einen derartig explosiven.

Die wichtigsten Entwicklungen seit dem Juni

1. Israel ist kein zweites Vietnam geworden. Die politischen Wortführer der arabischen Intransigenz sprachen nicht für die ausgebeuteten Massen und finden daher keine Basis für eine Guerilla-Kriegführung.

Die Bauern Westjordans pflügen, säen, ernten und verkaufen ihre Produkte nach Ostjordan; täglich gehen viele Lastwagen über den Jordan — im stillen Einvernehmen beider Regierungen. Arbeitslose Jordanier in großer Anzahl werden mit Notstandsarbeiten beschäftigt. — Auf den besetzten syrischen Höhen sind nur die etwa 6400 drusischen Bauern in ihren Dörfern geblieben; die syrischen Einwohner sind mit ihrer Armee geflüchtet. — In der Sinai-Wüste gibt es fast keine Einwohner. Problematisch ist die Situation für die israelische Verwaltung im Gaza-Streifen, der nie ägyptisch war, der aber mit seiner dichten städtischen Besiedlung (2129 Einwohner je qkm) eine große Ansammlung von arbeitslosen Flüchtlingen darstellt. Die Altstadt von Jerusalem dagegen lebt wirtschaftlich fast normal. — Die Verkehrskontrollen in beiden Richtungen sind sehr schwach — aus den besetzten Gebieten nach Israel und umgekehrt. Mit israelischen Genehmigungen gibt es seit Anfang Januar 1968 Reisen von Westjordan nach Ostjordan — auch von Einwohnern Jerusalems, die von Israel als eigene Staatsbürger betrachtet werden.

PROBLEMATIK UND LÖSUNGSVERSUCHE IM NAHOSTKONFLIKT

Bevölkerung der von Israel besetzten Gebiete und Jerusalems (Sept. 1967)

Westjordan	599 377
Gaza-Streifen	356 261
Nord-Sinai	33 441
Golan-Höhen	6 396
Ost-Jerusalem	<u>65 857</u>
	1 061 332

Quelle: Statistical abstract of Israel 1967, No. 18 (Jerusalem).

Damit soll nicht über die Schwierigkeiten der Besetzung hinweggegangen werden. Israelische Journalisten, besonders auf der Linken, diskutieren sie sehr offen und kritisieren Übergriffe der Militärverwaltung. Aber für einen arabischen Volkskrieg fehlt der Boden, u. a. weil keinerlei Absicht besteht, in das nationale Eigenleben der Araber einzugreifen. Soweit sie dazu bereit sind, arbeiten die alten Beamten, Lehrer, Polizisten weiter mit israelischer Bezahlung. Die Vorstellung, die der vor allem algerischen Parole eines zweiten Vietnam zugrundelag, ist offensichtlich falsch. Stärker als nationaler Haß im besetzten Gebiet gegen die siegreiche feindliche Armee bewegt die Menschen offenbar der soziale Gegensatz in den eigenen Ländern.

2. Trotz der arabischen Bemühungen ist Israel noch immer im Besitz seiner territorialen Faustpfänder. Die Hoffnungen, durch diese zu direkten Verhandlungen mit den Nachbarn zu kommen und anerkannt zu werden, sind bisher unerfüllt geblieben. Dabei ist natürlich unbekannt, was in der nichtöffentlichen Diplomatie geschieht.

3. Die arabische Einheit hat sich als sehr heterogen erwiesen, und Ägypten ist zu schwach zur Führungsrolle. Die Gipfelkonferenzen waren außenpolitisch erfolglos und konnten die Differenzen nicht beseitigen. Die Erdölländer verpflichteten sich, Ägypten und Jordan mit 400 Millionen Dollar finanziell zu helfen — für die weitere Rüstung. Dafür mußte Ägypten im Jemen das Feld räumen. Die Einheit der arabischen Nationen — wie sie heute erstrebt wird — erweist sich als eine ideologische Fiktion, die nur in der Feindschaft gegen Israel wirklich werden kann. Daher treiben die teilnehmenden Staaten in ein selbstmörderisches Dilemma.

4. Die Beziehungen der arabischen Staaten zu Frankreich, England und teilweise zur Bundesrepublik und den USA haben sich gebessert und normalisiert. Das Interesse am großen arabischen Markt ist stärker als an Israel.

5. In den kommunistischen Staaten verbreitet sich sehr vorsichtig eine differenzierte Beurteilung des Konfliktes, Rumänien und Kuba halten die Beziehungen zu Israel aufrecht. Die Sowjetunion spricht mit gespaltener Zunge.

6. Die militärische Position der USA im Mittelmeer ist weiterhin schwach, während die Sowjetunion nunmehr im östlichen Mittelmeer Flottenstützpunkte besitzt. Es bleibt zweifelhaft, ob das eindeutig als Machtzuwachs auf der Habenseite zu buchen ist oder ob die SU hier vielleicht statt eines kräftigen und progressiven, einen schwachen und labilen Verbündeten eingehandelt hat.

7. Der Krieg hat auf beiden Seiten nationalistische Strömungen gefördert. In *Israel* hat sich eine kleine Gruppe gebildet, die für ein größeres Israel wirbt, aber in den Parteien und bei der Regierung wenig Sympathie findet. Die Linke, aber auch die liberalbürgerlichen Parteien, wenden sich öffentlich gegen alle Erscheinungen nationaler Überheblichkeit oder Gebietsforderungen. Bei den weniger rationalen religiösen Elementen finden „historische“ Begründungen für Landgewinn und Grenzkorrekturen einen gewissen Widerhall.

In *Ägypten* hat die Niederlage zu starken innenpolitischen und sozialen Rückzügen der Regierung vor den Grundbesitzern und Kapitalisten geführt. So schreibt *Rouleau*:

„Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß *Nasser* der Partner — oder der Gefangene — der Militärpartei bleibt, die die Infrastruktur und Substanz des Regimes liefert, dessen Tod der Präsident im Juni voreilig angekündigt hatte.“¹⁾

Entlassene reaktionäre Beamte wurden wieder eingestellt, Maßnahmen gegen Großkapitalisten aufgehoben, die Privatunternehmen sollen erneut gefördert werden. Die arabische sozialistische Union wird nicht ausgebaut, aber mit der Moslem-Bruderschaft wurden die politischen Kontakte erneuert und tausend ihrer Mitglieder amnestiert.

Es bedarf keines Beweises, daß der Krieg, die Sperrung des Suezkanals und die verschärfte Neurüstung der ägyptischen Bevölkerung schwere Beschränkungen auferlegen und den wirtschaftlichen Aufbau zurückwerfen.

Materielle Probleme der Region

In der äußerst komplexen Situation sind materielle, soziale und weltpolitische Fragen unlösbar verknüpft. Die materiellen Sorgen lassen sich in fünf Punkten zusammenfassen.

1. Der große soziale und kulturelle Niveauunterschied zwischen Nachbarstaaten verursacht Spannungen.
2. Innerhalb der meisten arabischen Staaten ist eine schnelle Transformation der Sozialstruktur und der Produktionsmethoden erforderlich: Agrarreform, Industriebau und Bildungswesen gehören zusammen.
3. Die erdölreichen arabischen Staaten sind bevölkerungsarm, die volkreichen Staaten haben dagegen fast kein Erdöl. Um deren Entwicklung zu finanzieren, ist ein innerarabischer Finanzausgleich notwendig.
4. Die Landwirtschaft muß intensiviert werden durch Ödlandkultivierung und gerechte Nutzung aller Wasservorräte. Weitere Wasserreserven sind durch Entsalzung von Meerwasser zu erschließen.
5. Die Flüchtlinge müssen fest angesiedelt und in die Wirtschaft eingegliedert werden.

Das Gefälle zwischen den jüdischen Einwanderern Palästinas und den Nachbarstaaten hat ursprünglich in den arabischen Feudalstaaten den Wunsch erweckt, diese Siedlungen zu vernichten. Daß sie den Entwicklungsrückstand nicht schnell aufholen können, veranlaßt auch heute manche kurzsichtige Nationalisten zu einer isrealfeindlichen Haltung.

Selbst eine, offenbar nicht mögliche, totale Vernichtung der jüdischen Siedlungen würde kein wirtschaftliches Problem der Araber lösen. Die dann ihr „Heimatrecht“ genießenden Flüchtlinge würden den niederen Lebensstandard der arabischen Länder teilen. Die Entwicklungsaufgabe wäre so ungelöst wie vordem. Würden dagegen die israelischen Erfahrungen genutzt, so könnten die Nachbarländer in zehn bis 15 Jahren fühlbare Fortschritte in Landwirtschaft, Industrie, Volksbildung machen.

Bei der Industrieentwicklung könnte Israel seinen Nachbarn zwar nicht mit Kapital helfen, aber mit technischer und ökonomischer Beratung. Ergänzung und Arbeitsteilung wären hier sehr sinnvoll und müßten schon bei der Planung berücksichtigt werden. Denn keines dieser Länder verfügt über einen genügend großen und kaufkräftigen Binnenmarkt, um ein vollständiges Angebot aller wesentlichen Industrieprodukte selbst zu entwickeln. Die Kapazität moderner Anlagen übersteigt andererseits bei vielen Erzeugnissen weit die Aufnahmefähigkeit der Verbraucher des einzelnen Landes.

Wenn der israelisch-arabische Gegensatz hochgespielt wird, lenkt das die Menschen und die materiellen Mittel von ihrer konstruktiven Hauptaufgabe und den ungelösten

1) Eric Rouleau, *Le régime nassérien en question*. „Le Monde“, Paris, 27. 12. 1967 — I. 1. 1968.

PROBLEMATIK UND LÖSUNGSVERSUCHE IM NAHOSTKONFLIKT

inneren Sozialproblemen zugunsten außenpolitischer Abenteuer ab. Dem Wirtschaftsaufbau gehört aber höchste Priorität, während die Rüstungsausgaben radikal zu beschneiden sind.

Militärausgaben im Nahen Osten (in 1000 \$)

	Ägypten	Syrien	Irak	Jordanien	Libanon	Israel
1949	98 996	12 555	18 452	?	?	?
1950	86 200	20 868	20 328	13 714	4 527	?
1955	239 120	22 820	48 048	26 194	7 126	?
1960	236 040	73 080	102 298	45 220	14 756	126 000
1965	398 720	86 800	239 960	52 080	28 000	?
1966	479 640	88 480	210 560	40 320	35 280	429 000
1967	644 000	98 000	210 000	53 662	53 821	408 000
1068						405 000

Quellen: Jeune Afrique, Paris—Tunis
Jerusalem Post, Jerusalem Facts
about Israel, Tel Aviv 1967
(Ministry for foreign affairs).

Der *innerarabische Finanzausgleich* ist schwierig zu realisieren, weil es nicht eine arabische Nation, sondern viele politisch und sozial völlig verschiedene arabische Staaten gibt. Finanzhilfe führt zu politischer Einflußnahme der reaktionären Geldgeber. Alle wachen aber eifersüchtig über politische Souveränität und Finanzhoheit. Damit die Mittel langfristiger Entwicklung dienen, sind langfristige politische Bindungen und gute Entwicklungspläne erforderlich. Es ist grotesk, daß die ersten Ausgleichszahlungen 1967 dazu bestimmt wurden, die Rüstungsverluste Jordans und Ägyptens zu ersetzen.

Bei der *Intensivierung der Landwirtschaft* ist Ägypten auszunehmen. Eine Agrarreform ist durchgeführt, und die Bodennutzung ist intensiv. Ödland steht bei der gegenwärtigen Technologie und den heutigen Wasserkosten nicht zur Verfügung. In den meisten anderen Ländern des Nahen Ostens dagegen sind noch wesentliche Reserven zu erschließen.²⁾ Die natürlichen Wasserquellen haben Syrien, Jordan und Israel gemeinsam, und ein Abkommen über ihre gemeinsame Nutzung ist unerlässlich, ähnlich dem Vertrag zwischen Indien und Pakistan über das Indus-Becken. Einige Verfahren zur Wasserentsalzung sind in Israel bereits fertig erprobt und eignen sich zur Anwendung in großem Maßstab.

In der Nutzung des Wassers und der Bewässerungstechnik hat Israel einen reichen Erfahrungsschatz. Ebenso groß sind die Hilfemöglichkeiten beim Handelsdünger. Israel ist eines der wenigen Länder, das alle drei Hauptnährstoffe erzeugt und Dünger exportiert — nach Ostafrika und Ostasien, weil die Nachbarn zwar den Dünger dringend brauchen könnten, aber jeden Handel mit Israel ablehnen und verhindern wollen.

Die Zahl der *Flüchtlinge* ist ungewiß. Nach den Angaben der UNRWA waren Anfang 1967 1 330 077 Personen als Flüchtlinge registriert, davon 714 763 in Jordan, 311 846 in Gaza, 161 262 in Libanon und 142 206 in Syrien.³⁾ Die israelische Regierung rechnet mit insgesamt 500 000 bis 600 000 echten Flüchtlingen einschließlich dem natürlichen Zuwachs.

Das Problem ist zu einem erstrangigen Politikum und zu einem einträglichen Geschäft geworden. Die erschütternde Not der Menschen wird nicht gelindert, weil man den

2) Für den Irak und Saudisch-Arabien sei auf folgende Arbeiten verwiesen: Horst Dequin, Die Landwirtschaft Saudisch-Arabiens und ihre Entwicklungsmöglichkeiten, Frankfurt/Main 1963. — Hans Meliczek, Die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnisse im Irak unter besonderer Berücksichtigung von Agrarverfassung und Agrarreform, Dissertation, Frankfurt/Main 1966.

3) Siehe Atallah Mansour, The refugees and what they want, in: „New Outlook“, Tel Aviv, Vol. 10, No. 9, Dezember 1967, S. 25—30.

Vorwand braucht. Die Flüchtlingsfunktionäre sind eher an einer Verewigung als an einer schrittweisen Lösung des Problems interessiert. Daß es 20 Jahre nach dem Waffenstillstand von 1948 noch Flüchtlingslager im Nahen Osten gibt, ist eine schwere Anklage gegen jene, die ihre arabischen Brüder nicht integrieren wollten. Denn wie immer man politisch oder völkerrechtlich urteilen mag — die Eingliederung von einer Million unter 60 Millionen Menschen wäre möglich gewesen und hätte die Entwicklung beschleunigt. Zarhi macht in einer Untersuchung⁴⁾ Vorschläge, wie die ca. 430 000 Flüchtlinge, die jetzt in den besetzten Gebieten leben und die sich auf 500 000 vermehren werden, angesiedelt und integriert werden können. Als Gesamtkosten ergeben sich:

Arbeitsplätze für 125 000 Arbeitende à 3600 \$	450 000 000 \$
Wohnungen für 100 000 Familien à 2500 \$	<u>250 000 000 \$</u>
	700 000 000 \$

Nach dem Zensus von 1961 lebten in Westjordanien 44 Prozent der Arbeiter von Landwirtschaft, der Rest in anderen Sektoren. Höchstens 25 000 Arbeitsplätze — also ein Fünftel der Gesamtzahl — können durch landwirtschaftliche Ansiedlung geschaffen werden. Zarhi folgert daraus, daß industrielle Arbeitsplätze zu schaffen sind, wenn man alle Flüchtlinge beschäftigen will. Ferner wird eine räumliche Umverteilung vom Gaza-Streifen nach Westjordanien notwendig sein, wo bereits bisher Flüchtlinge etwas leichter Arbeit finden konnten.

Derartige Umsiedlungen haben aber politische Bedeutung und sollten am besten im Einvernehmen mit den Betroffenen stattfinden. Die Umstellung vom Almosen-Empfänger zum Berufstätigen erfordert eine große Anstrengung und öffentliche Hilfe. Die notwendigen Beträge wären von der UNO-Flüchtlingshilfe, anderen internationalen Institutionen und den Nahost-Staaten durch eingesparte Rüstungsausgaben aufzubringen.

Israel hat sich bereiterklärt, zur Finanzierung beizutragen und die großen Erfahrungen der eigenen Flüchtlingsansiedlung zu nutzen. Früher war von israelischer Seite vorgeschlagen worden, einen Teil der Flüchtlinge aufzunehmen, wenn die arabischen Staaten das gleiche tun und diese Menschen nicht mehr als Fünfte Kolonne mißbrauchen wollten. Arabische Pläne oder Programme für die Lösung des Flüchtlingsproblems sind bisher nicht bekannt geworden.

Politische Voraussetzungen

Die vielen Probleme des Nahen Ostens verlangen dringend nach Lösungen. Statt dessen fördern die Großmächte das Wettrüsten der kleinen Staaten, das die Kräfte verzehrt und die Spannungen zusätzlich erhöht. Eine Zusammenarbeit setzt allerdings die Anerkennung Israels voraus. Die Vernichtung Israels ist ein unzulässiges und irrales Ziel und bedeutet für die arabischen Massen Krieg, Not und viele Jahre Entwicklungsverlust. Die sozialistischen Staaten sollten das ihren arabischen Verbündeten deutlich erklären. Ohne Anerkennung der Tatsache Israel kann es keinen nächsten Schritt zu Entspannung, Frieden, Zusammenarbeit geben. Infolge innerer Schwierigkeiten reiten viele arabische Politiker auf der Welle des Nationalismus und überbieten sich darin. Eine Kehrt-Wendung zu einem neuen Anfang ist eine bittere Medizin, ohne die aber das Fieber des Nationalismus nicht geheilt werden kann. Haikai faßt dagegen das Ergebnis der Khartum-Konferenz vom Spätsommer 1967 wie folgt zusammen:

„Sie schloß die Möglichkeiten einer politischen Lösung nicht aus, aber stellte sie in den Rahmen eines Rechtecks mit vier geschlossenen Seiten: keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel, kein Friede, kein Verzicht auf das Palästina-Problem.“⁵⁾

4) Shaul Zarhi, Economics of refugee settlement, in: „New Outlook“, Tel Aviv, Vol. 10, No. 9, Dezember 1967, S. 31—35.

5) Hasanayn Haikai, The political solution and armed conflict, in: „New Outlook“, Tel Aviv, Vol. 10, No. 8, November 1967, S. 52—56, nach „Al-Ahram“, Kairo.

Rodinson ⁶⁾ meint, die Forderung nach Anerkennung sei schon zu viel für die Partner Israels. Israel müsse zuerst auf seine zionistische Haltung verzichten und sich levantinisieren. — Darin vermischen sich eine vernünftige ökonomische und eine unrealistische politische Vorstellung. Es ist richtig, daß Nachbarn sich allmählich angleichen, um Spannungen zu mindern und die Kommunikation zu verbessern. Historisch sinnvoll ist die soziale Harmonisierung aber nur auf dem höheren Niveau.⁷⁾

Der Vorwurf des Zionismus dagegen ist unrealistisch. Er dient häufig der nationalistischen Propaganda als Popanz und nimmt dann überlebensgroße Dimensionen an. Er hat die Erbschaft des „Weltjudentums“ und der „Verschwörung der Weisen von Zion“ angetreten. Der Zionismus war vor den Verbrechen des Hitlerismus ohne große Bedeutung. Die zionistische Bewegung, die die Rettung der Juden durch Einwanderung nach Palästina erstrebte, erstarkte nicht als Aktion des jüdischen Volkes gegen die Einwohner Palästinas, sondern als Reaktion auf die jüdische Katastrophe in Europa und in der erklärten Absicht, in Palästina friedlich zusammenzuleben. Die Mehrheit der Bevölkerung Israels ist heute bereits im Lande geboren. Kommt es nicht zu neuen Judenpogromen in der Welt, ist kaum mit einer Masseneinwanderung nach Israel zu rechnen. Einem souveränen Staat kann man jedoch seine Einwanderungspolitik nicht vorschreiben. Selbst wenn aber die restlichen etwa 10 Millionen Juden ausnahmslos einwanderten, wären sie keine demographische Bedrohung der arabischen Umwelt, „des arabischen Ozeans von bald 180 bis 200 Millionen Menschen“ (Haikai).

Häufig haben israelische Politiker — vor dem Juni 1967 — eine lose Konföderation von Nahost-Staaten einschließlich Israels vorgeschlagen; diese sollte den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch fördern und schrittweise zu einem immer engeren Zusammenschluß, zu einer Föderation oder einem Bundesstaat führen. Nach der blutigen Konfrontation von 1967 kann eine Konföderation leider nicht als Augenblicksforderung, sondern nur als Fernziel verstanden werden. Nach allen Ereignissen ist im Augenblick der staatliche Schutz der kleinen Insel im arabischen Ozean unverzichtbar. Eine Forderung oder eine Bereitschaft, diesen Schutz aufzugeben, ist heute illusionär. Der Krieg hat der Annäherung nicht gedient.

Friedensprogramme

Da der Graben zwischen den Konfliktpartnern erweitert ist, ist jeder Friedensplan oder -schritt nützlich. Ende Dezember 1967 haben 200 bekannte Persönlichkeiten in Israel sich gegen alle einseitigen Grenzkorrekturen gewandt. Die linkssozialistische Partei Mapam veröffentlichte ein Friedensprogramm ⁸⁾, in dem sie u. a. forderte:

- Verhandlungen mit den Nachbarländern
- Zusammenarbeit mit Jordanien und einen Nichtangriffspakt
- Demilitarisierung des Gaza-Streifens, der nicht wieder unter Ägyptens Verwaltung kommen solle
- freie Schifffahrt für Israel durch die Straße von Tiran und den Suez-Kanal
- Entmilitarisierung der Golan-Höhen
- permanenten Frieden, Abrüstung, Neutralisierung der Region
- wachsende wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit bis zur Schaffung föderativer Bindungen zwischen unabhängigen und souveränen Staaten
- ein konstruktives Programm für Wirtschaft, Kultur, soziale Dienste für die besetzten Gebiete
- volle bürgerliche Rechtsgleichheit aller israelischen Bürger, Zusammenführung arabischer Familien.

6) Maxime Rodinson, Le monde du sionisme, in „L'événement“, Paris, Juli 1967, S. 31—34.

7) Niemand würde in der EWG eine Angleidung auf dem süditalienischen Sozialstand befürworten.

8) Siehe „New Outlook“ Tel Aviv, Vol. 10, Nr. 7, September—Oktober 1967, S. 48—54.

Über die politische Stimmung in Israel ist man weitgehend informiert, weil dort alle Richtungen zu Worte kommen. Zwar gibt es keine Zahlen darüber, aber man meint nach dreiwöchigem Besuch voller Diskussionen, daß die nüchterne Erkenntnis der eigenen Lage weit überwiegt. Man weiß dort, daß bei langer Dauer der Besetzung eine große arabische Minderheit zur Mehrheit im Lande werden muß.⁹⁾ Man will daher keine ständige Besetzung, sondern betrachtet die eroberten Gebiete als Faustpfand für baldige Verhandlungen. Ebenso ist man sich völlig klar, daß man immer in einer arabischen Umwelt (wenn auch in einer differenzierten, nicht einer uniformierten) leben wird, mit der ein Arrangement gefunden werden muß.

Über die Meinungsbildung in den arabischen Nahoststaaten weiß man weniger. Daran ist nicht die Sprache schuld, vielmehr die politische Uniformierung und das Fehlen der Debatte. Die offiziellen Äußerungen — die einzig zugänglichen — können nicht als repräsentativ angesehen werden. Sie schwanken zwischen härtester Kriegsentschlossenheit und vorsichtiger Bereitschaft, Israel anzuerkennen. Es bleibt unbekannt, ob sozialistische Kritik und Opposition existiert und wie groß ihr Einfluß ist. Teilweise mögen diese Schwankungen zum Nervenkrieg gehören; zum anderen sind sie den wechselnden äußeren Einflüssen zuzuschreiben. Aber auch die Führungsschichten sind unsicher und labil, und eine ausgleichende Opposition fehlt. Das trägt zu dem Hin und Her bei.

Einige positive Hinweise sind jedoch zu registrieren, die wachsendes Selbstverständnis andeuten. So hat die palästinensische Befreiungsorganisation nach langem Zögern *Ahmed Shukeiri* abgesetzt und als Nachfolger *Hammudeh* gewählt, einen Palästina-Araber, der früher den Kommunisten nahestand. Seine erste Erklärung war ausgesprochen maßvoll und enthielt eine vorsichtig formulierte Anerkennung des Lebensrechts der Israelis, noch nicht des Staates Israel. — Jordanien hat in einigen Fragen wieder einen Modus vivendi mit Israel gefunden und koexistiert fast friedlich mit seinem Nachbarn. Ohne die irakischen Schutztruppen im Lande wäre der König vielleicht zu einem Frieden bereit.

Nüchterne Beobachter werden sich im allgemeinen nicht von scharfen Erklärungen schrecken lassen, so schädlich diese an sich sind, weil sie die chauvinistischen Stimmungen anheizen und schwache Politiker zu Gefangenen des Nationalismus machen. Manchmal sind sie vielleicht als verhüllte Verhandlungsangebote gemeint. Aber über den unveränderten Ernst der Nahostprobleme darf es keine Illusionen geben. Die Fortsetzung des verbrecherischen Krieges der USA in Vietnam brutalisiert die Politiker und macht die Militärs übermütig. Hilflose und unfähige Politiker könnten bei Fortdauer dieser Situation versucht sein, ihren Ausweg in einem Ende mit Schrecken zu suchen. Daher müssen die schwelenden Brände gelöscht werden, bevor sie sich zu einem Großbrand vereinigen können. Die Linke überall — in Ost und West — hat hier eine große Aufgabe: die Verständigung zwischen den Sozialisten im Nahen Osten anzubahnen, die allein dort einen dauerhaften Frieden erreichen können.

⁹⁾ Ende 1967 lebten in Israel 2 371 000 Juden und rund 300 000 Araber, in den besetzten Gebieten 1 061 400 Araber und Drusen. Die arabische Bevölkerung ist sehr jung — 40 bis 50 vH unter 14 Jahren — und hat einen hohen Geburtenüberschuß.